

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für sechs Monate 10.00 M. Im Voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streichband bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M., einschließlich Postzuschlag, per Post für Deutschland und Österreich 20.00 M.

Die abgesetzten Abonnements oder deren Teile kosten 2.- M. einschließlich Postzuschlag. Kleinere Abzüge: Das beigeführte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Postzuschlag. Langfristige Abzüge: Einzelnummern 1.- M., Familien-Abzüge und Stellenangebote 1.50 M. jedes pro Jahr. Stellenangebote in Wochenzeitschriften: Das beigeführte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Jentram 2045. „Freiheit“-Verlagsdruckerei Jentram 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Urheber der Lebensmittelunruhen.

Das Werk der Provokateure.

Wir haben im letzten Jahre wiederholt festgestellt, daß immer dann, wenn von der Entente die militärische Abrüstung Deutschlands gefordert wurde, die rechtsstehende Presse in gesteigertem Maße Nachrichten verbreitete, um die Öffentlichkeit zu beunruhigen, das Ausland über die wahren Verhältnisse in Deutschland irreführen und ihm die Notwendigkeit einer starken deutschen Wehrmacht plausibel zu machen. Das gleiche Manöver wird jetzt vor der Konferenz in Spaa ausgeführt. Die Blätter der Rechtsparteien bringen fast täglich in sensationeller Aufmachung Nachrichten über einen bevorstehenden großen Generalstreik. Sie veröffentlichen im Zusammenhang damit die angeblichen Geheimpläne zur Schaffung einer „Roten Armee“ und auch über eine weitverzweigte bolschewistische Verschwörung, die von den in Deutschland weilenden Vertretern Sowjetrußlands angezettelt werde, wollen die rechtsstehenden Blätter genaue Unterlagen haben. Die Lebensmittelunruhen, die jetzt in verschiedenen Gauen Deutschlands aufflammen, sollen bereits das Vorbild zu dem großen wohl vorbereiteten Umsturz der Linksparteien sein.

Die Urhebererschaft aller dieser lügenhaften Meldungen ist hinreichend bekannt. Es sind die von der Schwerindustrie und den verschiedenen amtlichen Stellen ausgehaltenen Spieginstitute, die der Rechtspresse das Material überbringen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur daran, daß die berühmte Schröder-Mahnke, jenes verkommenen Subjekt, das auch in dem Blau-Prozess eine unwürdige Rolle spielt, bis vor kurzem die Rechtspresse mit Material über die Pläne der Linksparteien versehen hat. Sie ist auf den Redaktionen der nationalistischen Zeitungen ein- und ausgegangen, und die übrigen Gewährsmänner dieser Blätter sind von dem gleichen Schnitt. Von allen Prophezeiungen der Rechtspresse hat sich bisher keine erfüllt, weil einfach Unterlagen dazu nicht vorhanden, sondern von den Lockspindelnden Gewährsmännern beschlagnahmt aus den Fingern geflogen waren. Die Rechtsparteien haben mit ihren Lockspindelungen nur die eigenen geheimen Umsturzpläne zu verdecken gesucht. Ihnen lag es vor allem auch darin, den Belagerungszustand in Deutschland zu berechtigen, damit das Militär zum dauernden Beherrscher der Geschicke des deutschen Volkes wurde und die Reaktion sich um so kräftiger entfalten konnte. Auch heute ist die Situation nicht anders. Die Reaktion ist dank der Unterstützung, die ihr durch die rechtssozialistische Koalitionsregierung zuteil wurde, mächtig erstarkt, aber sie ist noch nicht lebensfähig genug zur Ausübung einer Alleinherrschaft. Dieses Ziel wird aber jetzt von ihr angestrebt, die verlogenen Putschmeldungen sollen neben der Notwendigkeit einer starken Wehrmacht auch die Vorbedingungen für die Verhängung des Belagerungszustandes schaffen, die Arbeiterbewegung soll lahmgelegt werden, mit Schußhaft, Stand- und Kriegsgerichten wollen die Rechtsparteien das Ziel erreichen, das ihnen durch die Wahlen verlagert blieb.

Bei allen politischen Prozessen, die im letzten Jahre stattgefunden haben, wurde der unumstößliche Nachweis geführt, daß sich die Reaktion nicht nur der Spindel, sondern auch der Provokateure bedient, um die Arbeiterschaft zu unüberlegten Streichen zu verleiten. Diese Provokateure haben eine ganze Reihe von Verbrechen verübt, die dann der Arbeiterschaft zur Last gelegt wurden. Auch bei den Lebensmittelunruhen haben derartige Provokateure ihre Hände im Spiele. Die Unruhen haben gewiß in der unverschämten Bewehrung der Konsumenten durch die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte ihren Ursprung. Aber die bestehende Erzeugung wurde von nichtswürdigen Elementen künstlich aufgestopft, es sind im Dienste der Reaktion stehende Subjekte, die zur Blünderung der Lebensmittelgeschäfte aufstehen, damit die Reichswehr Gelegenheit zum Einschreiten bekommt und ihre Vorkaufsrechte nachweisen kann. Das Vorhandensein von Provokateuren ist erwiesen in Hamburg, Bremen und in Süddeutschland. Die linksstehenden Parteien haben mit

den Unruhen nichts zu tun, sie haben im Gegenteil die Bevölkerung sofort vor Ausbreitungen gewarnt, weil diese nicht das Mittel sind, der Lebensmittelnot abzuhelfen. Trotzdem hat die Reaktion teilweise ihr Ziel erreichen können, dank der unterirdischen Mitharbeit, die die von ihr ausgehaltenen Rumpen verrichteten. In Hamburg, im Kreis Schleusingen und in einigen Teilen Württembergs ist der Belagerungszustand verhängt worden. Das muß zu denken geben.

Angeichts der ernsten Lage haben wir allen Grund, die Arbeiterschaft eindringlich vor Unbesonnenheiten zu warnen. Wer sich heute zu Blünderungen hergibt, bejagt, ob er es will oder nicht, die Geschäfte der Reaktion. Wir wissen genau, daß die Militärpartei ihre Pläne für einen gewalttätigen Umsturz noch lange nicht aufgegeben hat. Sie legt ihre Missetaten lieber fort. Aber sie hat auch aus dem Rapp-Busch gelernt. Sie will nicht wieder den Angreifer machen, möchte diese Aufgabe vielmehr der Arbeiterschaft zuweisen und schießt gerade deshalb ihre Provokateure vor. Sie versucht gegenwärtig auch wieder, durch ihre Agenten der Arbeiterschaft Waffenangebote zu machen. Uns sind mehrere derartige Fälle bekannt geworden. Die Arbeiterschaft möge also auf der Hut sein, sie muß den Lockspindeln scharf auf die Finger sehen, denn die Reaktion braucht in der jetzigen Situation einen Putsch, um ihre Lage zu verbessern. Sie braucht ihn, um der Entente die Notwendigkeit eines starken Heeres zu suggerieren, sie will ihn erzwingen, um über einen Berg von Proletariatsleiden zur Herrschaft zu kommen und dann obendrein noch als der Retter des Vaterlandes zu erscheinen.

Aus diesen Gründen versucht die Reaktion auch, die Lebensmittelunruhen zu einem linksradikalen Putsch zu steigern. Möge der Ausbruch dieser Unruhen in manchen Orten spontan erfolgt sein, sofern irgendwo organisatorische Kräfte dabei am Werke waren, kamen sie aus dem Lager der Reaktion. Darum Augen und Ohren auf. Besonnenheit ist das Gebot der Stunde.

Die Lebensmittelunruhen im Reiche.

Obwohl in Hamburg seit Sonntag völlige Ruhe eingeleitet ist, sind am Montag aber in der weiteren Umgebung der Stadt große Truppenmengen zusammengezogen worden. Die Truppen setzten sich gestern früh in Bewegung: auf Hamburg und Altona rollen ununterbrochenzüge mit Soldaten, Maschinengewehren, Geschützen und Wagnen. Der rechtssozialistische Senator Henke, der den Belagerungszustand über Hamburg verhängt hat, hat einen Schieberlach veröffentlicht, der dem berühmten Koller-Urteil in nicht viel nachsteht. Auch in Euzhoven ist es am Montag abend zu Unruhen gekommen. Das Gewerkschaftsamt hat sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner verbürgt und die Zutrittsgewalt des Militärs gefordert. In Bremerhaven, wo es ebenfalls zu Ausschreitungen gekommen ist, hat es zwei Tote und mehrere Verwundete gegeben.

Die Lebensmittelunruhen haben auch auf Bayern übergegriffen. In Würzburg versammelte sich am Montag vor dem Rathaus eine tausendköpfige Menge und verlangte einen Abbau der Preise. Die Reichswehr, die das Rathaus besetzt hielt, forderte die Menge auf, auseinanderzugehen. Der Aufforderung soll angeblich nicht Folge geleistet worden sein, die Soldaten gaben darauf Feuer. Erfolg: Zwei Personen getötet, vier verwundet. Über die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt.

In Mainz ist die Bewegung abgeflaut. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen die Festsetzung der Höchstpreise protestiert und den Acker- und Lieferungsstreik angekündigt. Die Stadt hat an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, einer weiteren Verteuerung der Lebensmittel Einhalt zu gebieten. Es wird der Abbau der Kartoffelpreise verlangt und die Abschaffung der ungerechten Zuschläge auf Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hoesing, hat über den Kreis Schleusingen (Thüringen) im Einverständnis mit dem preussischen Minister des Innern den Ausnahmezustand verhängt. Eine Veränderung dazu ist bisher nicht erfolgt.

Der Reichswirtschaftsrat.

Seine erste Sitzung hat der provisorische Reichswirtschaftsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Wir weisen die großen Hoffnungen nicht, die an den Zusammentritt dieser eigentümlichen Körperschaft von vielen geknüpft werden und meinen, daß den Ideen, aus denen er geboren ist, nur geringe Lebenskraft innewohnt.

Der Reichswirtschaftsrat entwirft, ähnlich wie die verschiedenen Selbstverwaltungskörper der Industrie und des Handels, aus einer Übertragung der Idee der Arbeitsgemeinschaft aus dem sozialpolitischen auf das wirtschaftspolitische Gebiet. Wir haben die Arbeitsgemeinschaft von Anfang an aufs Schärfste bekämpft, denn sie ist eine Verleugnung des Klassenkampfgedankens und entwirft der verdrängten Lehre von der Interessentharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Es ist ganz falsch zu sagen, daß die Arbeitsgemeinschaft nur eine Fortsetzung der Politik der Tarifverhandlungen und der Tarifabschlüsse sei. Denn diese bedeutet nur den Abschluß eines Waffenstillstandes im Lohnkampf, nicht aber die Unterbrechung des Klassenkampfes selbst.

Ganz anders die Arbeitsgemeinschaft. Sie liegt die Idee zugrunde, daß auf weiten Gebieten der Wirtschaft gemeinsame Interessen zwischen Kapital und Arbeit vorhanden sind und daß deshalb auch eine für Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Wirtschaftspolitik möglich ist. Sie bedeutet deshalb keinen vorübergehenden Waffenstillstand, keine momentane Ruhepause zwischen den Schichten, sondern eine Verleugnung des Klassenkampfes. Der Kampf um den Sozialismus tritt in den Hintergrund, und an seine Stelle werden alle möglichen Illusionen erweckt, als ob Kapital und Arbeit in gemeinsamen Wirken an der Erreichung der Wirtschaft arbeiten könnten. Es wird vergessen, daß es nicht irgendeine Wirtschaft an sich gibt, sondern daß es sich um eine bestimmte kapitalistische Wirtschaftshandlung handelt, die auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft beruht und in der der Arbeiter nur ein wirkliches Interesse kennen darf, den Kampf gegen die Ausbeutung bis zu ihrer völligen Beseitigung und der Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Form der Wirtschaft. Das ist aber eine Aufgabe, die sich nur im Kampf, nicht aber in der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital vollenden läßt und deshalb steht die Idee der Arbeitsgemeinschaft in unauflösbarem Widerspruch mit der des Sozialismus. Es ist deshalb eine notwendige Entschädigung, daß je mehr sich die Gewerkschaften mit wirklich sozialistischer Bestimmung durchdringen, die Idee der Arbeitsgemeinschaft zerfällt.

Der Versuch, auf dieser Idee wirtschaftliche Selbstverwaltungsorgane aufzubauen, ist gleichfalls zum Scheitern bestimmt. Sie alle beruhen auf dem Grundgedanken der Parität zwischen der Unternehmer- und Arbeiterkraft. Ein sehr merkwürdiger Grundgedanke! Ein Unternehmer, der in seinem Betriebe tausend Arbeiter beschäftigt hat, hat in dem Selbstverwaltungskörper seiner Industrie ebenso viel zu sagen, als die tausend Arbeiter. Es gehört wirklich die verdammt Bedürfnislosigkeit der Arbeiterklasse dazu, ein solches Prinzip anzuerkennen. Die Idee der Arbeitsgemeinschaft, auf die Verwaltung der Wirtschaft angewandt, stellt sich also heraus als Anerkennung des kapitalistischen Besitzes und als die Verleugnung jeder Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet. Dabei erinnert die Parität in Wirklichkeit gar nicht, denn während inwiefern die Eindeutigkeit des kapitalistischen Interesses die Arbeitnehmervertretung völlig ausgeschlossen ist, ist die Kraft der Arbeiterschaft vielfach durchbrochen. Denn bei den Arbeitern und Angestellten finden sich infolge des großen Einflusses der bürgerlichen Ideologie, infolge des Answalts zwischen den antagonistischen, materiellen und den dauernden Klasseninteressen des Proletariats immer noch einzelne Organisationen oder Arbeitervertretungen, die in bürgerlichen Wirtschaftsausschüssen befangen sind.

So bedeutet die sogenannte Parität in Wirklichkeit ein Ueberwiegen des Kapitals über die Arbeit. In der Tat zeigt die kurze Geschichte der Selbstverwaltungsorgane bereits sehr deutlich, daß die Beseitigung des Kapitals durch sie im wesentlichen unerklärlich bleibt. Sie haben bisher meist nur den Erfolg gehabt, daß das Augenmerk von Lohnforderungen vermisst wurde mit noch stärkeren Preiserhöhungen, die eine Steigerung der Profitrate zur Folge hatten. Sie haben nicht gemeinwirtschaftlich gewirkt, sondern drohten zu einer Gefahr für die Konsumenten zu werden. Die sogenannte Selbstverwaltung bedurfte zu ihrer Korrektur des fortwährenden bürgerlichen Eingreifens. Diese ganze Politik konnte zudem nur durchgeführt werden, solange durch die Fortdauer der Kriegswirtschaft die wirtschaftlichen Geleise des Kapitalismus weitgehend ausgeglichen waren. Mit der Herstellung der Handelsbeziehungen und der Einbeziehung in die Weltwirtschaft wird dieser Politik jede Wirksamkeit genommen werden und es wird sich herausstellen, daß Gemeinwirtschaft

Kraft nicht durch Organaktionen, in denen das Kapital die Vorherrschaft hat, sondern nur durch den Sozialismus verwirklicht werden kann.

Der Reichswirtschaftsrat ist nach ähnlichen Prinzipien gebildet worden. Auch hier wurde der Grundgedanke der Parität durchgeführt und die Heranziehung von Konsumentenvertretern hat daran nicht allzuviel geändert. Unter den zwölf von der Regierung ernannten Mitglieder bilden die Sozialisten eine verhältnismäßig Minorität und der Reichsrat hat ausschließlich Vertreter der kapitalistischen Interessen ernannt. Die Arbeitervertreter werden zumeist von den Arbeitergruppen der Arbeitsgemeinschaften bestimmt, was zur Folge hatte, daß die größte deutsche Gewerkschaft, die Metallarbeiter, bis jetzt, da sie die Arbeitsgemeinschaft und ebenso jede Delegation durch sie ablehnt, ohne Vertretung ist!

Der Wirtschaftsrat soll nun alle Gebiete der Wirtschaftspolitik nach ihren sachlichen Gesichtspunkten behandeln und so in seinen Gutachten und Beschlüssen wertvolle Vorarbeit für den Reichstag leisten. Man hoffte, daß der Wirtschaftsrat auf diese Weise sich so große Autorität erwerben werde, daß der Reichstag immer mehr sich nach seinen Beschlüssen richten werde müssen. Er würde so die Vorstufe werden für ein wirkliches Wirtschaftsparlament, das an Stelle des politischen wirtschaftlichen Gesetzes geben würde. Dann würde die Wirtschaft endlich entpolitisiert und die Herrschaft der Fachmänner gewonnen sein.

Auch das ist wieder eine große Illusion. Es wird zunächst vollständig verkannt, daß den politischen Kämpfen im wesentlichen die großen wirtschaftlichen Interessen der Klassen zugrunde liegen. Die politischen Parteien vertreten alle sehr bestimmte wirtschaftliche Programme und sie vertreten sie nicht zufällig, sondern weil sie den Interessen der hinter ihnen stehenden Schichten und Gruppen entsprechen. Aber sie vertreten sie allerdings politisch, das heißt, sie vertreten sie in jener Form, in der sie unter den bestehenden sozialen Verhältnissen, die in der jeweiligen Stärke der politischen Parteien zum Ausdruck kommen, durchsetzbar sind. Und sie vertreten sie als allgemein notwendige, dem Allgemeinwohl entsprechende Forderungen.

Im Wirtschaftsrat sitzen Vertreter privater Interessen. Wie stark diese Interessen zum Ausdruck kommen, ist nicht bestimmt dadurch, daß diese Interessen gegenseitig ihre Kräfte miteinander abmessen hätten, wie es politische Parteien heute in der Wahl, in der Presse, in ununterbrochener Werbe- und Organisationsarbeit leisten müssen; diese Stärke ist vielmehr bestimmt durch das Statut, das diesen Wirtschaftsrat ins Leben gerufen hat. Jede Industriegruppe erhält gleichmäßig ihre Arbeiter- und Unternehmervertreter, ganz gleichgültig, welche Kraft im sozialen Leben diese einzelnen Gruppen real entfalten. Es ist eine komische Einzelheit, die aber ganz charakteristisch ist für die Willkür, die bei der Bildung eines solchen Wirtschaftsrates unvermeidbar ist, daß die wirtschaftlichen Interessen der bildenden Klassen, wenn wir nicht irren, mit derselben Stärke vertreten sind, als die der Metallarbeiter. Die Stärke der Vertretung ist eben nur abhängig von dem Statut, nicht von irgendeinem objektiven Maßstab.

Ebenso irrtümlich ist es aber zu meinen, daß etwa die Vertreter selbst durch ihre größere Sachkenntnis nun Gewähr für eine richtigere Wirtschaftspolitik geben werden. Die Herren werden sicher in allen Fragen der Privatwirtschaft sehr sachverständig sein, sie werden ihre Interessen genau kennen, sie werden darüber hinaus in Fragen der Betriebsökonomie und Organisation durchaus erfahren sein. Aber das alles ergibt noch nicht eine Wirtschaftspolitik, in der die allgemeinen Interessen der Massen und ihre Verwirklichungsmöglichkeit innerhalb des jeweiligen Kräfteverhältnisses der Klassen zueinander richtig erkannt sein müssen. Wäre anders, so brauchte man ja überhaupt kein Parlament, keine Wahlen, keine Politik, sondern man könnte die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung einer Anzahl Unternehmer und Arbeiter übergeben. In Wirklichkeit wird es sich sehr rasch herausstellen, daß auch der Wirtschaftsrat, sowie er verfaßt wird, allgemeine Wirtschaftspolitik zu behandeln, genau so in die verbotene Parteipolitik geraten wird, wie die parlamentarischen Parteien selbst. Von den Arbeitervertretern erwarten wir jedenfalls, daß sie mit starkem Nachdruck Parteipolitik treiben, das heißt ihre grundsätzlichen, sozialistischen Anschauungen zur Geltung bringen.

Wird daher der Wirtschaftsrat nie ein Parlamentersatz werden, so wird er vielleicht bei verständiger Führung etwas anderes leisten können. Er wird versuchen können, über alle wirtschaftlichen Probleme die Öffentlichkeit möglichst vollständig zu informieren, um so zur Bildung einer wirklich unterrichteten öffentlichen Meinung in wirtschaftlichen Fragen beizutragen. Nirgends ist dies notwendiger als in Deutschland, zu einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Fragen so kompliziert und schwierig sind. In England hat man mit großem Erfolg dazu das Mittel der Enquiries verwendet. Das Mittel ist einfacher und würde auch für uns ausprobiert haben. Das Nützliche, was der Wirtschaftsrat leisten können, wird aber wesentlich auf diesen Gebieten liegen.

Die neuen Kredite.

Ergänzungen zum Kofetat für 1920.

Die Ergänzungen zum Kofetat für das Rechnungsjahr 1920 sind jetzt dem Reichstag zugegangen. Der Gesetzesentwurf enthält die allgemeine Ermächtigung der Reichsregierung zur Fortführung der Bewirtschaftung auf die Monate Juli, August, September und Oktober 1920 aus. Ferner wird die Bewirtschaftung besonders dringlicher und notwendiger im einzelnen begründeter Ausgaben gefordert.

Vom Reichsarbeitsministerium werden im ordentlichen Haushalt bei den einmaligen Ausgaben 62 Millionen Mark für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Hilfe sowie 62 Millionen Mark für Zwecke der sozialen Fürsorge für deutsche Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Ausland beantragt. Zur Förderung der Wau-Längigkeit sollen für den außerordentlichen Haushalt des gleichen Ministeriums 400 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Aus diesen Mitteln soll einmal wenigstens ein Teil der für das Jahr 1920 geplanten, durch Reichsarbeiten zu unterhaltenden Bauvorhaben durchgeführt und ferner die Fertigstellung der durch Baukostenübersteigerungen verursachten Bauten aus dem Jahre 1919 ermöglicht werden, für die infolge der noch immer steigenden Löhne und der bis vor kurzem ständig gestiegenen Materialpreise trotz Nachbepflichtung von insgesamt 205 Millionen Mark die Mittel nicht reichten. Eine Bewilligung wei-

terer Mittel kann, wie es in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf heißt, für beide Zwecke nicht mehr in Betracht kommen. Das Reichswehrministerium fordert unter anderem einen weiteren Debetzettel von 83 Millionen Mark zur Befriedigung der aus dem Vorjahre herrührenden Schäden an Gebäuden und Geräten, und zur Schaffung von Familienwohnungen, sowie für unaufschiebbare Unterbringungsmassnahmen zunächst mindestens 6 Millionen Mark.

Zur Verrechnung der Wohngelegenheiten für Reichseisenbahnbedienstete werden im außerordentlichen Haushalt 185 Millionen Mark gefordert, zur unverrichteten Erweiterung und Ergänzung der Bahn- und Betriebsanlagen 40 Millionen Mark. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft fordert 13,025 Millionen Mark als Zuschuß des Reiches zu dem durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben entstehenden Kosten. Das Reichsfinanzministerium fordert unter fortwährenden Ausgaben 5 Millionen Mark zur Bekämpfung der Abgabehinterziehung und der Kapitalflucht. Das Reichspostministerium für Wohnungszwecke 12,5 Millionen Mark.

Den Altpensionären und Althinterbliebenen soll mit Wirkung vom 1. April 1920 neben den ihnen gesetzlich zustehenden Zahlungen Pensionen und Gehältern ein Betrag in Höhe der Hälfte dieser Bezüge gewährt werden. Diese Zuwendungen sollen als Vorläufer gelten auf die in Aussicht stehenden gesetzlichen Gesamtbezüge.

Durch §§ 5 und 6 des Gesetzes wird der Finanzminister ermächtigt, 3,3 Milliarden Mark zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben schaffig zu machen, ferner zur Deckung der Forderungen der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung sowie zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben dieser Verwaltungen 6,1 Milliarden Mark, schließlich 5 Milliarden Mark zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für den Wiederaufbau sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Der Reichspräsident hat auf den Vorschlag des Reichskanzlers das Mitglied des Reichstages Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Das Kabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und mußte daher dem Entwurf zu; im übrigen wurde beschlossen, die Frage der Vereinfachung der Reichsbehörden und der Verengung ihrer Zuständigkeit unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Eine ergänzungsbedürftige Anfrage.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller (Franken), der frühere Reichskanzler, und Koch haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: „Im Abendblatt des „Vorwärts“ vom 6. März wird in einem Epigramm („Geschäfte im Kaiserreich“) mitgeteilt: Im Untersuchung für Handel und Gewerbe des Reichstages sei 1917 von einem Zentrumabgeordneten berichtet worden, daß Reich werde durch enorme Lieberpreise, die an die großen Eisen- und Stahlindustriellen für Kriegsmaterial gezahlt würden, um Hunderte von Millionen Mark geschädigt. Obgleich die Industriellen sich weigerten, die Selbstkosten aufzuzeigen, habe die dem Kriegsministerium zugehörige, aber unter dem maßgebenden Einfluß von Industrieinteressen stehende Kriegsdrohstoff-Gesellschaft, Abteilung Eisen, doch immer wieder höhere Preise bewilligt. Ein Beamter der Kriegsdrohstoff-Gesellschaft, der auf die Selbstkostenprüfung drängte, sei gemahnt worden. Da die Kriegsdrohstoff-Gesellschaft dem Kriegsministerium unterstellt war, sei dieses für diese Mißwirtschaft, die den Reichsfiskus um viele Hunderte Millionen Mark zugunsten der Schwerindustriellen ersichtete, in erster Linie verantwortlich. Der damalige Staatssekretär Dr. Helfferich wird als Mitschüler bezeichnet. Als besonderer Vertrauensmann der Kriegsdrohstoff-Gesellschaft in Preußen wird Generaldirektor Böglner, M. d. R., von der Deutsch-Lugemburgischen K. G. (Aufsichtsratsvorsitzender Hugo Stinnes) ein Hauptreferent an der Kriegsdrohstoff-Gesellschaft einer Untersuchung zu unterziehen. Eine im Frühjahr 1910 hierfür im Kriegsministerium eingesetzte Kommission kam aber nicht zu Stande, sondern erklärte das Kriegsministerium für inkompetent, weil mitverantwortlich für die Vorgänge in der Kriegsdrohstoff-Gesellschaft, und schlug deshalb vor, die Nationalversammlung möge die Untersuchung wegen angeblicher falscher Information des Reichstages durch Vertreter der früheren Regierung und schwerer finanzieller Schädigung des Reiches in die Hand nehmen. Was weiter aus der Sache geworden ist, vermochte der „Vorwärts“ nicht mitzuteilen. Er ersuchte die Regierung um Aufklärung, was nach der Erklärung der Untersuchungskommission geschehen sei, um die beschuldigten Vertreter der früheren Regierung zur Verantwortung zu ziehen und um die Schwerindustriellen zur Rückzahlung der behaupteten riesigen Liebergewinne an die Reichskasse zu veranlassen. Sind der Reichsregierung die vom „Vorwärts“ mitgeteilten Vorgänge, die bisher von keiner Seite bestritten wurden, bekannt? Kann sie erklären, welche Umstände den Fortgang der Untersuchung dieser Vorgänge eventuell hinderten? Bis zu welchem Stadium ist die Untersuchung bis heute gediehen und welche Resultate hat sie gezeitigt?

Die Dinge, auf die sich die Anfrage bezieht, sind bereits im vergangenen Jahr in der unabhängigen Wochenchrift „Der Sozialist“ behandelt worden. Es ist in der Tat hohe Zeit, daß über sie Aufklärung gegeben wird, oder es erscheint auch notwendig, die Anfrage der Sozialdemokraten zu ergänzen. Am 6. März, als der erwähnte Artikel im „Vorwärts“ erschien, hatten wir die Regierung des Reichssozialisten Bauer. Sie wurde nach den Hauptfragen von der Regierung des Reichssozialisten Müller abgelöst. Warum haben diese beiden Ministerien nicht diejenigen Feststellungen gemacht, die eines ihrer Haupterlebe von dem Kabinett Feinbach forderte?

Die Spiegel des Staatskommissars.

Das Auswärtige Amt hat vor einigen Tagen in aller Öffentlichkeit an den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung die Anfrage gerichtet, auf Grund welchen Materials und mit welcher Berechtigung er zu seinen Verdächtigungen gegen Victor Kopp komme. Der Staatskommissar hat von der Gelegenheit, sein Material der Öffentlichkeit anzuverleihen zu können, selbster-

weise keinen Gebrauch gemacht. Erst auf mehrfache Anfragen hin läßt er erklären, daß er sich mit dem Auswärtigen Amt verständigt habe. Das heißt also, daß er zwar seine Anklagen nicht beweisen kann, daß er aber nicht genügend Anlaß besitzt, um sich in aller Öffentlichkeit bei Victor Kopp zu entschuldigen.

Dieser Vorgang genügt, um ein für allemal den Wert des Epigramms des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung zu kennzeichnen. Diese Stelle scheint von ihren Verfassern abgesehen nicht abzuweichen zu wollen. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht in der gestrigen Wochenausgabe erneut beweiskräftige Verdächtigungen gegen Victor Kopp, die anscheinend auf dieselben unfaulheren Quellen zurückzuführen sind, die eben erst vor aller Welt gebändert wurden.

Ein Vertrauensvotum.

In einer Konferenz der rechtssozialistischen Funktionäre von Groß-Berlin verteidigten am Freitag Eduard Bernstein und Hugo Heimann die Politik ihrer Partei. Bernstein meinte, daß er dafür gewesen sei, in der Koalitionsregierung zu bleiben. Heimann dagegen sagte, daß er niemals einer Regierung, in der Vertreter der Deutschen Volkspartei oder gar der Deutschnationalen Partei säßen, ein Vertrauensvotum ausstellen würde. Nach kurzer Diskussion wurde eine längere Resolution angenommen, in der der Brief Hermann Müllers an die Unabhängige Sozialdemokratie gebilligt und die „hochfahrend abweisende“ Antwort bedauert wurde, die darauf gegeben worden sei, die „einen völligen Mangel an Verständnis für die politischen Aufgaben“ der Parteien der Arbeiterklasse erkennen lasse. Mit Vertretern der Deutschen Volkspartei könnten die Rechtssozialisten keine Koalition bilden und sie würden einer solchen Koalition auch kein Vertrauensvotum ausstellen. Die Versammlung billigte es aber, daß die rechtssozialistische Fraktion der neuen Koalition gegenüber eine abwartende Haltung einnehme. Man wolle unerfüllt im bisherigen Sinne weiterarbeiten, überzeugt davon, daß die große Mehrheit der Arbeiter, die diesmal der Partei die Stimme verweigert hätten, bald erkennen würden, daß die rechtssozialistische Politik die richtige sei und sich ihr von neuem anschließen würden.

Eine Partei aber, die einem Parteigänger zu einem der höchsten Ämter im Staat verhilft, kann selbst durch ein noch so gut vorbereitetes Vertrauensvotum vor dem weiteren Nachfall nicht bewahrt bleiben.

Innere Erschütterungen in Italien.

In Italien häufen sich die Unruhen. Sie sind ein sprechender Ausdruck für die innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen Italien mehr als die anderen Entente-Länder ausgesetzt ist. Auch der häufige Regierungswechsel ist dafür ein Beweis. Immer scheint durch die Wiederberufung Giolittis ein Fundament gefunden, das die heterogenen Teile der italienischen Kammer zur Mitarbeit auf sich vereinigt. Die Sozialisten haben allerdings auch Giolitti die Gefolgschaft verweigert und ihm heftigen Kampf angefochten. Aber selbst der Klugheit und Energie Giolittis dürfte es kaum gelingen, Italien innerlich zu kräftigen und alle Schwierigkeiten zu überwinden. Das setzt die Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent voraus. Hier liegt die Aufgabe des internationalen Proletariats, durch entscheidende Beeinflussung der Weltpolitik die Völker und Staaten dem wirklichen Frieden, der nur im Sozialismus besteht, zurückzuführen.

Ueber die Unruhen in Ancona berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Die anarcho-syndikalistischen Unruhen, die in Ancona, einem alten Emporenort, stattfanden, waren äußerst ernst. Zwei Tage lang wurde im Stadtinnern und in den Vororten, die auf den Höhen um die Meereshöhe liegen, gekämpft, wobei ein kleines Marinegeschiff eingriff, um die Aufständischen, die sich in einer hochgelegenen Zuckerraffinerie verschanzt hatten, zur Kapitulation zu zwingen. Der Hauptkampf tobte um die Karabinerfabrik und um die Revolverfabrik, wobei von beiden Seiten Maschinengewehre eingesetzt wurden. Schließlich waren die Truppen Herd der Lage. Wodurch ist, daß auch die Eisenbahner an den Unruhen teilnahmen und einen Zug der Truppen nach Ancona bringen sollte, in Terni anhielten und mehrere Bahnhöfe zerstörten. Es wurde in vorbeifahrende Züge gefeuert, wobei fünf Zivilpersonen getötet wurden. Die Gesamtzahl der Getöteten ist beträchtlich, steht aber zur Stunde noch nicht genau fest.

Der „Secolo“ berichtet über neue Zwischenfälle in verschiedenen Städten der Romagna. In Forlì haben die Demonstranten eine Straße gesprengt. In Cesena wurde ein Soldat getötet. Zwischen Polizei und Demonstranten kam es in Rimini zu heftigen Zusammenstößen. Schwere Naturkatastrophen die Tumulte in Terni. Hier griffen aufrührerische Elemente nach einer sozialistischen Versammlung das Lokal der bürgerlichen Vereinigung Union an, wobei es vier Tote und elf Verwundete gab.

Nach dem „Corriere della Sera“ hat sich die Lage in Ober-Italien bedeutend gebessert. In Ancona ist die Ruhe wieder hergestellt worden.

Giolitti sprach in der Kammer von den Ereignissen in Ancona. Die Regierung werde nicht zu hart mit den aufrührerischen Elementen verfahren. Was die begangenen Verbrechen betreffe, so werde sich die Justiz damit in voller Unabhängigkeit ohne jede Beeinflussung durch die Regierung ablassen haben. Die Kammer beschloß Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung mit 222 gegen 63 Stimmen.

Ein Aufruf der sozialistischen Parteileitung.

Mailand, 29. Juni.

Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der italienischen sozialdemokratischen Partei und des italienischen allgemeinen Arbeiterbundes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, erinnert an die von der Regierung gegebene Zusicherung, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut den Ruf: „Ganze weg von Salonai! Arbeiter und Soldaten! Partei euch bereit und reißt euch vor einem neuen Kriege die Hände, beantwortet einen neuen Ruf: Revolutions!“

Die Verhandlungen zwischen Persien und der Räteregierung gescheitert. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Verhandlungen zwischen der Räteregierung und Persien über die Räumung des persischen Gebietes durch die roten Truppen völlig gescheitert seien.

Abrißten!

Es ist uns vollkommen unverständlich, warum die alte Koalition den Vorkauf der Entente noten über die Entlohnung dem deutschen Volke vorenthalten und so dem neuen Minister des Auswärtigen zu dem billigen Triumph verhelfen hat, als Gegner aller Vertuschungspolitik aufzutreten. Man fragt sich vergebens, was Herr Köster veranlaßt haben kann, sich auf eine kurze Inhaltsangabe der Dokumente zu beschränken. Die Behauptung, er habe sich zu der Veröffentlichung nicht entschließen können, weil das, was die Verbündeten forderten, bestimmte Kreise in die allergrößte Aufregung versetzen würde, ist doch kaum ernst zu nehmen, denn das Wesentliche ging ja auch schon aus den Andeutungen hervor, die der Presse mitgeteilt wurden, und außerdem wäre es kindisch, Wahrheiten und Tatsachen deshalb zu verschweigen, weil ihr Bekanntwerden diese oder jene Gruppe unangenehm berühren könnte.

Wahrscheinlicher ist, daß das bisherige Kabinett den Wunsch hatte, den Nachfolgern eine Unbequemlichkeit zu bereiten. Aber auch dieser Versuch, sich von der Verantwortlichkeit zu entlasten, würde nur ein großes Maß von Torheit und Einsichtslosigkeit verraten, da doch jedem klar sein muß, daß die Stellungnahme der Entente in dieser Sache von dem Ministerwechsel nicht im geringsten beeinflusst worden ist. Unsere Gegner fordern die Verminderung der Heeresstärke nicht, weil an die Stelle des Herrn Müller Herr Fehrenbach und an die Stelle Kösters Simons getreten ist, ihre neuesten Notizen bewegen sich vielmehr durchaus auf der Linie der Ansprüche, die sie seit dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages ständig erhoben haben, und der entscheidende Ton, den sie anschlagen, ist ein und derselbe, nämlich die Forderung, daß sich auch die Regierung, an deren Bildung die sozialdemokratische Partei beteiligt war, der Erfüllung dieser Gebote zu entziehen verweigert haben.

Damit sind wir auch schon bei dem letzten und eigentlichen Grund für die Stellungnahme der Franzosen und der Engländer angelangt, und es ist durchaus müßig, nach anderen Motiven zu suchen, beispielsweise wie die „Tisch. Tageszeitung“ das Zugeständnis der deutschen Schuld am Kriegsausbruch und den Hinweis der linksstehenden Parteien auf die unerklärliche Herrschaft des deutschen Militarismus verantwortlich zu machen. Wir wollen uns wirklich mit dem Grafen Reventlow und seinen Freunden nicht mehr über die Kriegsschuld unterhalten. Sie belehren uns nicht, und es wäre auf der anderen Seite Kraftleistung, wenn wir wider ihre unüberwindliche Abneigung gegen die Anerkennung der Wahrheit ankämpfen wollten. Aber sobald könnten sich die Deutschnationalen doch wohl sagen, daß die Entente ihr Urteil über die Kriegsschuld sich gänzlich unabhängig von deutschen Forschungen gebildet, und daß sie ihre Entlohnungsforderungen nicht auf unsere Meinungen über die Brandstiftung von 1914 zu gründen braucht.

Dasselbe gilt vom Militarismus. Franzosen und Engländer haben genügend Beobachtungsposten in Deutschland, um nicht auf unser Urteil über die Macht des Militarismus angewiesen zu sein, eine Macht, die, nebenbei gesagt, nicht sowohl durch die Größe des Heeres, als durch den in ihm lebenden Geist und den von ihm ausgeübten Einfluß bestimmt wird.

Es hat endlich auch wenig Sinn, die Frage zu erörtern, ob Frankreich sich vor einer Reichswehr, die mehr als 100 000 Mann zählt, fürchtet. Vor einer solchen Armee hat es sicherlich keine Angst, und es mag höchstens in der Sorge leben, daß der größere Umfang die Gefahr einer Erstarkung der Revanchegedanken erhöhe. Aber entscheidend bleibt, nach unserem Ermessen immer die Tatsache, daß Deutschland bisher stets bemüht gewesen ist, sich den militärischen Forderungen der Verbündeten zu entziehen. Am 10. April bereits sollte die Reichswehr auf 100 000 Mann herabgemindert sein. In Wirklichkeit ist diese Verringerung erst in der allerletzten Zeit erfolgt. Die Auflösung der Einwohnerwehren steht ferner nur auf dem Papier. Jedes Kind weiß, daß ihre Mitglieder sich nach wie vor im Besitz von Waffen und Wajenscheinen befinden und daß ihre Organisation insgeheim fortbesteht. Und mehr als das: die Vernichtung und Auslieferung des Heeresgeräts ist keineswegs in dem ausgedehnten Maße erfolgt. Mehr oder weniger verantwortliche Stellen haben versucht und versuchen bis zum heutigen Tage, zu möglichen und von dem ihnen so unendlich düselnden Gute für Deutschland und seinen kommenden Tag zu retten, was irgendwie zu retten ist. Kein Wunder, daß diese kleinen und großen Aneinanderreihungen und Schiebungen den Gegner veranlassen, um so rücksichtslos auf seinem Scheine zu bestehen und mit aller Deutlichkeit die strikte Innehaltung der Vertragsbestimmungen zu fordern.

Leider aber will man auch jetzt noch immer den Dingen nicht offen ins Gesicht sehen, und obwohl es in einer der Notizen ausdrücklich heißt, daß deutsche Anträge und weitere Verhandlungen gänzlich zwecklos seien, soll, wie es scheint, in Spaß noch einmal der Versuch gemacht werden, den Obersten Rat zu Milde und Nachgiebigkeit zu bestimmen. Schön, wenn die deutsche Regierung sich denn durch eine Klage hüten will, was sie selbst auf die Gefahr hin, damit die Stimmung der Alliierten für die wirtschaftlichen Verhandlungen noch weiter zu verschlechtern, einen solchen Vorstoß wagen. Aber was uns größere Besorgnis einflößt, ist, daß auch nach einem neuen Nein keine unbedingte Gewähr für eine tatsächliche und restlose Erfüllung des von der Gegenseite aufgestellten Programms geboten ist. Wenn jetzt mit so außerordentlichem Nachdruck betont wird, daß die Herabsetzung der Kopfstärke der Reichswehr und die Auflösung der Sicherheitswehr die Erhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland unmöglich mache, so muß eben damit gerechnet werden, daß die rechtsstehenden Freunde der Ordnung in heimlichem Einverständnis mit der Regierung alles aufbieten werden, um sich der Waffen zum Schutze dessen, was sie die Sicherheit des Staates nennen, nicht ganz berauben zu lassen.

Welche Folgen das haben würde, liegt auf der Hand. Nicht nur wäre jede Aussicht auf eine Herabminderung der finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen der Verbündeten geschwunden, sondern wir hätten auch mit einer Verringerung weiterer Teile Deutschlands und Besetzung weiterer Teile Deutschlands zu rechnen. Mit Recht macht vielleicht die „Frankfurter Zeitung“ in einem sehr eindringlichen Warnungsaufruf auf die französischen Reaktionen auf-

merksam, durch einen Einmarsch in Südböhmen die dort, vor allem in Bayern, vorhandenen Loslösungs- und Selbständigkeitsbestrebungen zu stärken. Die Frage, so sagt sie, die sich die Reichsleitung vorlegen müsse, laute, welche Gefahr größer sei, diejenige innerer Unruhen infolge der Verringerung unserer Heeresmacht, oder diejenige der Verringerung der deutschen Einheit infolge unserer Weigerung, uns dem Gebot der Entente zu fügen.

Die Frage ist richtig gestellt, und für jemanden, dem die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht das selbe bedeutet wie die bewaffnete Niederkämpfung des Proletariats und des Sozialismus, ist sie leicht zu beantworten. Aber offenbar denkt die „Frankfurter Zeitung“ nur an den offiziellen Bescheid, den die deutsche Regierung auf die an sie gerichteten Notizen geben wird, während wir uns, wie gesagt, Sorgen darüber machen, ob das tatsächliche Verhalten Deutschlands seiner etwa gegebenen Zusage in vollem Umfange entsprechen wird. Diese Sorgen könnten nur dann wenigstens einigermaßen verringert werden, wenn die Regierung endlich aufhören wollte, von der Notwendigkeit der Armee zur Bekämpfung innerer Unruhen zu reden und damit denen, die bereit sind, das Vaterland mit vertrauenswürdigem Mitteln zu retten, fortgesetzt Wasser auf die Mühle zu führen. Die konservative Interpellation über die angeblichen Rüstungen der Arbeiter in Mitteldeutschland und anderwärts gäbe ihr die beste Gelegenheit, einen Anfang mit der Besserung zu machen.

Nach einem Jahre.

Genosse Emonts schreibt uns: Jetzt endlich hat sich die Staatsanwaltschaft entschlossen, den gegen mich seit Juli vorigen Jahres schwebenden Haftbefehl aufzuheben. Dadurch bietet sich mir endlich die Möglichkeit, nachdem unzählige Zeitungschmollen ihren Kommentar zum Falle Emonts gegeben haben, auch von mir aus dazu etwas zu sagen. Ich werde mich auf das Notwendigste beschränken.

Meine Agitation unter der britischen und amerikanischen Besatzungstruppe bildete nur den äußeren Anlaß zu meiner Verhaftung. Hervorgerufen wurde sie durch die Spionagearbeit der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die in innigem Kontakt mit dem Staatsanwalt Zundroich stand. Diese Spionage war es, die in der ersten Hälfte des vorigen Jahres das Material zu den „Volkswirtschaftlichen Verfolgungen“ lieferten. Herr Weismann, jetzt Staatskommissar für die öffentliche Ruhe und Sicherheit geworden, bestritt heute, mit Spionen etwas zu tun zu haben. Will er etwa auch bestreiten, daß gegen mich „vorliegende Anlagematerial“ von Spionen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division empfangen zu haben? Die gleiche liebevolle Aufmerksamkeit, die Herr Staatsanwalt Weismann der Spionagearbeit der deutschen Soldaten in meinem Falle widmete, bewies er auch für die Spionierarbeit, die ihm die Alliierten-Kommission in Koblenz überlieferte. So ist Herr Staatsanwalt Weismann auf Grund englischer und amerikanischer Spionagearbeit in der „neutralen Zone“ zu der Verhaftung des englischen Korrespondenten des „Daily Herald“ Philipps Price im Juli 1919 geschritten. Die gleiche Spionagetätigkeit hat ihm seinerzeit zu der Verhaftung des indischen Genossen Dr. Manjiv wegen Agitation unter seinen Landknechten Veranlassung gegeben. Das Nachrichtenbureau der Garde-Kavallerie-Schützen-Division hatte bereits im März 1919 Verbindungen mit den britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden, es hat speziell der amerikanischen Kommission, die die meiste Angst vor revolutionärer Propaganda bewies, durch ihre Organe nahelegen lassen, den Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone doch zu gestatten, da nur so die „feindliche“ Besatzungskarmee vor den bolschewistischen Tendenzen geschützt werden könne.

Wenn man das weiß und sich vor Augen hält, dann wird es für dem Kundigen keinem Zweifel mehr unterliegen, wie es kam, daß seinerzeit das Anlagematerial gegen mich plötzlich in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde. Dann wird es schließlich auch dem Letzten klar, wie es möglich war, daß das englische Kriegsgericht in Siegburg meinen an die Zentrale der Kommunistischen Partei gerichteten Brief im Originaltext in seinen Akten befand, ehe dieser Brief noch der deutschen bürgerlichen Presse zugänglich gemacht wurde.

Ich habe durch die Machenschaften der Konterrevolutionären Mörderzentrale und ihrer Gehilfen nur ein Jahr der öffentlichen legalen politischen Betätigung opfern müssen. Aber in dem Ruchthause zu Siegburg im besetzten Gebiet, werden noch heute deutsche Genossen festgehalten, die durch das Treiben jener konterrevolutionären Clique den Herrschaftsorganen der englischen Bourgeoisie zum Opfer fielen. Sie warten mit ihren englischen und amerikanischen Genossen, die wie sie heute vor einem Jahr von englischen und amerikanischen Kriegsgerichten verurteilt wurden, auf den Tag, an dem das Proletariat dem Treiben der Konterrevolutionäre in Offiziersrock und Beamtenalar ein Ende machen wird. Dieser Tag wird auch ihr Befreiungstag sein.

Der Boykott gegen das weiße Ungarn völlig wirksam.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 29. Juni. Ungarns Absperrung ist restlos. Die Boykottbewegung in Tschechien wird immer stärker. Die ungarische Regierung wurde durch die Interalliierte Donaukommission gezwungen, den Donauweg für durchgehende Güter freizugeben, was für Deutschland wegen der rumänischen und jugoslawischen Lebensmitteltransporte von größter Bedeutung ist. Der Boykott ruft langsam Unruhe in der ungarischen Arbeiterschaft hervor. In den Kohlenbergwerken von Zatabanya soll ein Generalstreik zur Unterstützung des Boykotts ausgedroht sein.

Am Montag fanden den ganzen Tag Verhandlungen zwischen dem ungarischen Gesandten und dem Gewerkschaftsbund unter dem Vorsitz Reuners statt. Himmens stellte als Bedingungen des Abbruchs des Boykotts, Sicherung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten der ungarischen Arbeiterklasse und Einstellung des Systems des weißen Terrors. Der ungarische Gesandte beschloß, daß der Terror System sei, gibt aber Gewalttaten zu.

Nach mehrstündiger Verhandlung wurde vereinbart, daß der ungarische Gesandte an seine Regierung und Himmens an den Gewerkschaftsbund Bericht erstatten sollen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt. Die Aussichten auf eine Vereinbarung sind nicht gut, man muß mit einer langen Dauer des Boykotts rechnen.

Die tschechoslowakischen Bergarbeiter haben eine Kommission eingeleitet, die den Zweck verfolgt, an Ungarn keine Rohstoffe zu liefern.

lieferen, sondern sie nach Wien zu senden. In Wien Verfolgung macht sich der Gegenboykott nicht bemerkbar, nur Obst fehlt. — Am Montag Abend fand ein großes internationales Meeting statt, in dem Otto Bauer und Broderick für die Tschechoslowakei sprachen.

ow. Wien, 29. Juni.

Wie aus Budapest hierher gelangende Nachrichten besagen, hat sich die Regierungskrise bereits in eine Staatskrise umgewandelt. Seit zwei Tagen vermehren sich die Anzeichen, daß die Offiziersdetachment Bronay und Deissel einen großangelegten Militärputsch vorbereiten, dessen Ziele die Beseitigung des Reichsverwesers Horthy, sowie der Nationalversammlung und die Errichtung einer Militärdiktatur, an der Spitze mit dem berühmtesten Oberleutnant Deissel sind. — Nebenbei ist Ungarn von der Außenwelt nunmehr vollständig abgeschnitten und auch der funkentelegraphische Verkehr, der bisher über Warschau aufrechterhalten wurde, ist vollständig eingestellt.

Englands Doppelspiel.

T. U. Gillingford, 29. Juni.

Einer der Untergeneräle des Generals Drangal, Newishin, der am 10. d. M. gefangen genommen worden war, sagt aus, daß Drangal hauptsächlich von den Engländern mit Kanonen, Gewehren und sonstigem Kriegsmaterial beliefert worden ist, daß aber auch Frankreich Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt hat. Englische Kriegsschiffe sowie auch französische Kriegsfahrzeuge haben Drangal von der Seeheraus unterstützt.

Befürchten sich diese Auslagen des gefangenen Generals, so liegt unehrliches und hinterhältiges Doppelspiel Englands gegenüber Rußland klar zutage. Einerseits bemüht man sich, mit Sowjetrußland in Handelsverbindungen zu kommen, da man inzwischen eingesehen hat, daß es mit der militärischen Niederwerfung Rußlands nichts ist, man aber auch auf das Geschäft nicht verzichten möchte. Andererseits unterstützt man offen und verdeckt die Polen und die weißen Truppen, um sich auch nach dieser Seite zu salbieren, falls hier doch noch ein Erfolg möglich sein sollte.

Die Bedingungen Lenins.

Paris, 29. Juni. (Havas.)

Nach dem „Echo de Paris“ soll Lenin für eine Ausöhnung der Räterepublik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben:

1. Aufhebung der Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen.
2. Anerkennung des Rechts der Volkswirtschaft, ihre Weltpropaganda fortzusetzen, und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

Außenhandelskontrolle in Rußland.

Paris, 29. Juni (Havas.)

Nach einem Telegramm des „Zeit Boeifen“ aus Sankt Petersburg hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, durch das das Volkswirtschaftsministerium für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt wird. In Zukunft wird niemand mehr das Recht haben, Handelsstrafaktionen vorzunehmen, ohne dazu von diesem Ministerium ermächtigt zu sein. Dieses Dekret hat somit die unbedingte Kontrolle der Sowjets über den Warenaustausch und den Außenhandel zur Folge.

Vom türkischen Kriegsschauplatz.

H. N. New York, 29. Juni.

„New York Herald“ meldet, daß laut Aussage des griechischen Militärattachés in London die britischen Truppen sich am 28. Juni bei Ismid mit den griechischen Truppen vereinigt haben.

„Daily Express“ meldet aus Konstantinopel: Der Waffenstillstand mit Mustafa Kemal ist um sechs Tage verlängert worden.

Lloyd George über Irland.

Amsterdam, 29. Juni.

Bei der Beratung des Domesic-Gesetzes im Unterhaus betonte Lloyd George gestern, daß es bei der gegenwärtigen Stimmung in Irland keinen Vorstoß gebe, der gleichzeitig für das englische und für das irische Volk annehmbar sei. Er zweifle nicht an einer Besserung der öffentlichen Meinung in Irland, aber eine solche Besserung könne erst eintreten, wenn die Irländer sich klar machten, daß keine Partei in England bereit sei, Irland mehr zu geben, als das, was ihm durch die gegenwärtige Regierung geboten werde, und daß die Amerikaner ihnen keine Hilfe bei ihrem Streben nach einer unabhängigen irischen Republik gewähren würden.

Die Internationale Seemannskonferenz nahm den Entwurf eines Abkommens an, das die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren auf See verbietet, nachdem die Artikel 4 und 6 zurückgezogen worden waren, die die Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren im Feizraum und die Verweigerung von Personen unter 17 Jahren als Nachtwache verbieten.

Soeben erschienen!

Der Mieterschutz

Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieterschutzgesetzgebung, insbesondere der Höchstmietpreisverordnung vom 9. Dezember 1919.

Von Dr. Paul Hertz und Dr. Karl Soehnlein, Rechtsanwält.

Preis 4.00 Mark.

Zu beziehen durch

Buchhandlung „Freiheit“, Breitestr. 8-9

Auch in allen Filialen der Freiheit erhältlich

Städtische



Bekleidungsstelle

Eigentümerin

Stadt Neukölln

Ganz bedeutende Preisermäßigungen

Herren-Konfektion

Anzüge saubere Verarbeitung, gute Stoffe	Mk. 650.-	550.-	425.-	345.-
Sommer-Paleföis Marengo gefütert				Mk. 345.-
Hosen gestreift	Mk. 165.-	145.-	125.-	100.-
Drell-Anzüge				Mk. 50.-

Damen-Konfektion

Kostüme in farbigen, dauerhaften Stoffen, neueste lange Formen jetzt Mk.	515.-	385.-	245.-	185.-	125.-
Sommer-Mäntel in seidenartigen, imprägnierten Stoffen, auch Gummimäntel					jetzt Mk. 395.-
Halbschwere Ulster in verschiedenen Farben, modernste Musterungen und Formen					jetzt Mk. 325.-
Damen-Röcke in farbig, blau oder schwarz, nur erprobte, haltbare Qualitäten					jetzt von Mk. 35.50 an
Solide Blusen fürs Haus farbig oder dunkel, dauerhafte Waschstoffe					jetzt von Mk. 30.80 an
Elegante Blusen in Batist, Crep de chine, Atlas usw., mit Stickerei und Handhohlsaum					jetzt von Mk. 58.- an

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstraße 29

Damenschuhe

moderne Fassons, extra gute Robchevreaux- und Rindledersorten, Mk. 106.-

Herrenschuhe

gediegene Arbeit, prima Rindbox, kurze moderne Form Mk. 115.-

Kinderschuhe

bequeme Form, dauerhafte Qualität von Mk. 44.- an

Geschäftszeit von 8-6 Uhr

Fachmännische Bedienung gewährleistet

Warenabgabe ohne Bezugsschein an Jedermann auch Nicht-Neuköllner

Gutschein berechnigt zum freien Eintritt für 1 Person. Solange Eintrittskarten noch vorhanden. Gültig ab 1. Juli bis 1. August. An Sonn- und Feiertagen ungültig.

Friedrich-Wilhelmstädt. Varieté-Garten

Nahe Invalidenstr. ♦ Chausseestr. 30 ♦ Nahe Invalidenstr.

Donnerstag, den 1. Juli und folgende Tage

Eröffnung

der größten Varieté-Bühne Berlins
Unser Programm ist unerreicht in seiner Art.

12 Attraktionen / Direktion A. Grahlmann

2 Rolts, Handakrobaten / A. & O. Ottokar, Gesang-, Tanz- und Verwandl.-Akt

Marga Behrweil und Partner, / Fredini & Cie, Jongleur-Balance-Akt

Künstl. Spiele

Victor Ritter / Berlins bester Humorist

Margit und Lener, / Kom. Akt

Charles & Lv, / Komisch-Radfahrer

Mm. Laugtry, / Sensations-Lichttänzerin im Kampf mit den Wellen

Fritzi Frou, / Berlins beliebteste Soubrette

3 Borkums, Romischer Musikal-Akt / Fredini & Leang, Jongleur-Balance-Akt

2 Voostens, Equilibristen auf rollender Kugel

Jeden Donnerstag

Brillant-Feuerwerk

ausgeführt vom Pyrotechniker Kunstl.

Gr. und billigstes Varieté Berlins, ca. 5000 Sitzplätze

Musikdirektor Vogtländer dirigiert das 30 Mann starke Orchester.

Bei plötzlich eintretendem schlechtem Wetter biefert unsere Riesenveranda dem werten Publikum Schutz.

Kasseneröffnung Anfang d. Konzerts Anfang d. Vorstell.

Wochentags 4 Uhr	Wochentags 5 Uhr	Wochentags 7 ^{1/2} Uhr
Sonntags 2	Sonntags 4	Sonntags 6 ³⁰

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne

7 1/2 Uhr: Eine Landartie und Verwickelte Geschichte.

Staatstheater

Letzte Vorstellung vor den Ferien.

Opernhaus: 8 Uhr: Meistersinger.

Schauspielhaus: 6 Uhr: Peer Gynt

Großes Schauspielhaus

Karlstraße

7 1/2 Uhr: Lysistrata (28. Abteilung, IV. Abend)

Direktion: Max Reinhardt

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Weib und Hampelmann.

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Leibhardt

Kleines Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Moral der Frau Dulka.

Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Goldene Ritterzeit.

Direktion: Carl Weinhard - Rud. Bernauer

Rönngrätzer Straße

7 1/2 Uhr: Geständnis

Romödienhaus

8 Uhr: Reise in die Mädchenwelt

Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Lessing-Theater

Sommerspielzeit

Abendstück 8 Uhr: Leopoldine Konstantin

10. Das Glas der Jungfrau

Deutsch-Künstl.-Theater

Abendstück 7 1/2 Uhr: Die bessere Hälfte mit Max Adalbert

Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmödel, Gartenbühne täglich: 7 Uhr: Die Flucht um die Erde.

Ehemaliges Voigt-Theater

Madonnenstr. 58. Sommerbühne: Täglich nachm. 4 1/2 Uhr: Eine feine Nummer. Er muß taub sein! abends 7 1/2 Uhr: Des Fräulein vom Amt

Neues Operettenhaus

Direktion: Jean Kron

Abendstück 7 Uhr 30 Minuten: Prinzessin Friedl

Trianon-Theater

(Bahnhof Friedrichstraße)

Täglich 10 Uhr: Maskerade

Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Der Störenfried.

Residenz-Theater

(Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Klosterstr.)

Täglich 10 Uhr: Die Raschhoffs

Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Der gute Ruf.

Neues Volkstheater

Köpenicker Str. 68.

7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge.

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9

12 Varieté-Sensationen 12

In der Tanz-Diele Großer Ball

Anfang 10 Uhr

Walhalla-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Sommertheater

„Groß-Berlin“, ehem. Ellen's

Maschinenstr. 15

Täglich 8 Uhr: Sensation-Schauspiel

Krone u. Fessel

Das Ende einer Königskrone.

Kammer-Tanzspiele

Bölowstr. 6. In Holzerstraße.

Telephon: Litzow 2305.

Täglich 7 1/2 Uhr: Orientalisches Ballett und Schönheitsstünze

Theater am Kottbuser Tor

Täglich 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger

Ab 1. Juli (während des Urlaubs der Elite-Sänger): Gastspiel d. beliebten Orig. Leipzig. Fritz Weber-Sänger.

Bestklass. Programm! Vorrez. 11-12 u. 4-5 Uhr.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218.

Abendstück Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2

Unübertreffliches Varieté-Programm!

Kammer-Tanzspiele

Bölowstr. 6 am Nollendorferplatz

Telephon: Litzow 2305.

Täglich 7 1/2 Uhr: Best. Ballet auf Schönheitsstünze.

Neue Welt

Arnold Schön

Maschinenstr. 108-114

Täglich Konzert und Vorstellung

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag: Großer Ball.

Die Kalligraphie ist täglich selbst. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schaubühne

Landberger Allee 76-77

(direkt am Ringbahn)

Ab 1. Juli wieder täglich! Bei Regen im Saal

Beginn des 2. Meistersinger-Wettstreits

um Preise von 12000 Mark

16 Ringreiter haben sich gemeldet.

Unter anderem: Hlaxo, Weltmeister, Georg Stronge, Weltmeister, Tompson, Vize-Champion - Westindien, Hlaxo, Meistersinger - Bayern, usw.

Vor dem: Gr. Konzert d. Varieté-Vorstellung.

Sonntag und Donnerstag: Brillant-Feuerwerk

Mittwoch von 3 Uhr ab

Samstag & Sonntag, Sonntag, Anfang des Konzerts, des Vorstellung Sonntags 4 Uhr

Wochentags 7 Uhr. Die Ringreiter beginnen ab 10 Uhr pünktlich.

Ziehung garantiert!

Wohltätigkeits Lotterie

1. & Berliner Brockenhaus

Gesamgt für Brandenburg und Städtische Berlin

Ziehung am 7. und 8. Juli

100000 Lose, 1000 Gewinne und 1 Prima 1. W. Mk.

100000

60000

50000

10000

Wohltätigkeits-Lose M. 3,60

Liste und Porto 30 Pfg. extra

10 Lose sortiert aus versch. Taxen M. 20.-

Lud. Müller & Co.

BERLIN W., Werderscher Markt 10.

In allen Lotteriegeschäften u. Lössverkaufsst. zu haben

Platin

Brennstifte, Zahngelisse, Gold- und Silberbruch, Brillanten, kauf

Gold- u. Silberschmelze

Oskar Krauspe,

Königgrätzer Str. 76, am Halleschen Tor.

vorn, part.

Die Fernstromversorgung Berlins

Die Wirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Von Otto Ziska.

Die verheerenden Wirkungen des Krieges, die unsere Produktionsgrundlagen hart angriffen, haben auch die Versorgung der Berliner Industrie mit elektrischem Strom gefährdet. Im Jahre 1914 wurde die in Berlin benötigte elektrische Energie durch Umwandlung von Kohle in Strom in Berlin selbst erzeugt. Es bestanden damals noch keine Fernleitungen, die die Braunkohlengruben Deutschlands für die Stromversorgung Berlins nutzbar machten. Zu jener Zeit wurden in Berlin 807 215 000 Kilowattstunden verbraucht, für deren Erzeugung eine Kohlenmenge benötigt wurde, an die heute überhaupt nicht mehr zu denken ist.

Durch den während der Kriegszeit gewaltig gestiegenen Stromverbrauch war man genötigt, die damals gestauten Fernstromleitungen mit möglicher Beschleunigung fertigzustellen. Im Jahre 1917 wurde die erste Fernleitung von Golpa im mitteldeutschen Braunkohlenterritorium fertiggestellt und es fand im Jahre 1917 eine Strommenge von 532 550 000 Kilowattstunden jährlich zur Verfügung, von denen der weitaus größte Teil durch Umwandlung von Kohle in Berlin selbst erzeugt wurde. Wenn man im Durchschnitt mit einer Jahresleistung von 4000 Arbeitsstunden pro Betrieb rechnet, ist für die Versorgung des Berliner Bedarfs eine Energiemenge von 120 000 Kilowattstunden notwendig. Die Golpaleitung lieferte 1917 aber nur eine Energiemenge von 33 000 Kilowatt auf der bestehenden einen Leitung nach Berlin.

Nach Beendigung des Krieges, als es durch die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr möglich war, die für diese Energie benötigte Kohlenmenge nach Berlin zu schaffen, fand die für Berlin zur Verfügung stehende Strommenge auf 30—35 000 Kilowatt. Um nun mit dieser Strommenge einermöglichen das Wirtschaften Groß-Berlins aufrecht zu erhalten, mußte die Kohlenstelle in den Marken, die für die Verteilung des Stroms in Groß-Berlin in maßgebender Stelle, den Stromverbrauch aller Stromabnehmer auf 20 Proz. des Verbrauchs von 1917 herabsetzen. Trotzdem durch einen Ausbau der mitteldeutschen Fernstromleitung eine Steigerung von 33 000 auf 40 000 Kilowatt erreicht wurde, konnte eine Erhöhung der Stromration für die einzelnen Betriebe nicht durchgeführt werden, weil im Jahre 1919 und auch gegenwärtig in Berlin selbst nur eine Leistung von 40—45 000 Kilowatt durch Kohle erzeugt werden kann.

Die Abnahme der Strommenge an den verschiedenen Tageszeiten ist stark schwankend und zwar wird die durch Fernstromleitung zur Verfügung stehende Energie in den Tagesstunden von morgens 6 bis abends 8 Uhr bis zur Spitzenbelastung ausgenutzt, während von 8 bis 10 Uhr abends, die Belastung sinkt und von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh 20 000 Kilowatt noch ungenutzt zur Verfügung stehen. Durch die Wiederbelebung der Stromstruktur im Laufe des Jahres 1919 wurde das Verlangen an die Kohlenstelle, einen höheren Prozentsatz der Strommenge als bisher freizustellen, in immer stärkerem Maße gestellt, ohne daß die Kohlenstelle dieser Anforderung Rechnung tragen konnte. Diese Lastlage zwang die Kohlenstelle zum Vorstoß an die Betriebe, durch mögliche Einsparung der Kraftsicht und durch Abbau der Tagesstunden eine gleichmäßige Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Fernstromes zu erreichen. Den Betrieben wurde die Berechtigung geboten, während der Nachtstunden einen höheren Prozentsatz an Strom als den in den Tagesstunden für sie berechneten abzunehmen. Die Berliner Metallindustrie hatte sich in weitgehendem Maße unter Bestimmung ihrer Belegschaft mit der Einführung der Nachtarbeit einverstanden erklärt, in der sicheren Voraussetzung, daß diese verbriefte Nachtarbeit und der damit bedingte Abbau der Tagesarbeit eine vorübergehende Erscheinung sein würde. Für die in der Berliner Industrie beschäftigten weiblichen und jugendlichen Arbeiter waren die Schutzbestimmungen während der Kriegszeit außer Kraft gesetzt und nach Ausbruch der Revolution wieder eingeführt worden. Das hinderte deren Beschäftigung in den Nachtstunden.

Damit nun auch für alle Industriezweige eine verbriefte Ausnützung des nachts zur Verfügung stehenden Stromes möglich gemacht werden kann, hat im Sommer vorigen Jahres der Demobilisationskommissar von den Vertretern der Arbeiter und Unternehmer unter Hinzuziehung eines Vertreters der Gewerkschaftskommission verlangt, daß die Schutzbestimmungen für Weibliche und Jugendliche von neuem außer Kraft gesetzt werden. Die Vertreter der Arbeiterkassen lehnten das ab und überließen es den Belegschaften, etwaige Ansprüche zu stellen.

Im Laufe dieser Verhandlungen wurde der Kommission von dem Demobilisationskommissar von Hoffmann das Versprechen gegeben, daß bis zum Ende des Jahres 1919 die bereits im Angriff genommene dritte Fernleitung von Golpa fertiggestellt sein würde, und daß dann eine ausreichende Belieferung für die gesamte Berliner Industrie mit Fernstrom sichergestellt sei. Auf dieses verbindende Versprechen hin haben Arbeiter und Unternehmer Vertreter ihr Einverständnis damit erklärt, daß die männlichen Belegschaften für diese vorübergehende Zeit die Koarbeitsmaßnahmen der Nachtarbeit auf sich nehmen. Die Berliner Metallindustrie hatte sich infolgedessen so auf die Nachtarbeit eingelassen, daß im Frühjahr des Jahres 1920 in den Nachtstunden 42 Prozent Tagesstrommenge verbraucht wurde.

Als im Frühjahr des Jahres 1920 eine Besserung in der Strombelieferung noch immer nicht zu verzeichnen war, trat der Metallarbeiter-Verband erneut an die behördlichen Stellen heran, um sich über den Fortgang der Erwerbsarbeiten der Golpaleitung zu informieren. Die Berliner Metallarbeiter weigerten sich weiter in so erheblichem Maße Nachtarbeit zu leisten. Für diese Stellung der Metallarbeiter war mitbestimmend, daß die erhoffte Besserung in der Ernährung nach Beendigung des Krieges nicht eingetreten war, sondern daß sie durch die noch härtere Verschärfung in der Ernährung überhaupt wie geistig den hohen Anforderungen der Nachtarbeit nicht mehr gewachsen war. Der Verband Berliner Metallarbeiter erklärte sich bereit, gemeinsam mit dem Metallarbeiterverband in dieser Sache zu handeln. In der ersten Sitzung mit der Kohlenstelle wurde festgestellt, daß die Versicherungen, die der Demobilisationskommissar im Sommer 1919 der gute Zeit tätigen Kommission gegeben hatte, absolut nicht zuzufassen, sondern daß das Projekt der dritten Leitung aus finanziellen Rücksichten endgültig fallen gelassen war. Die Entscheidungen, die in folgenden Sitzungen in der Kohlenstelle unter Hinzuziehung der Vertreter der maßgebenden Reichsbehörden der Kommission gemacht wurden, waren höchst betrübend. Auf Grund dieser Entscheidungen ist damit zu rechnen, daß die Versorgung Groß-Berlins mit elektrischem Strom sich nicht verbessern, sondern unter Umständen noch erheblich verschlechtern wird.

Die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer erklärten in diesen Sitzungen mit allem Nachdruck, daß sie die Nachtarbeit diesen Situations nicht anerkennen, wenn das Reich bindende und bewährte Entscheidungen abgibt, daß es alles tun werde, bis Zustimmung der bestehenden Fernstromleitungen zu beschleunigen, damit bei der bevorstehenden Winterperiode Berlin ausreichend mit Strom für die lohnende Winterperiode Berlin ausreichend mit Strom versorgt werde. In diesem Zweck forderten Arbeiter und Unternehmervertreter gemeinsam, daß von Golpa eine dritte, vierte und sechste Fernleitung gebaut werde. Nur so ist die Garantie für eine fünfte Leitung gebaut werden. Diese Forderungen der Arbeiter und Unternehmer sind nicht auf das von den Organisations erwartete Verständnis. Das Reich prüfte sich vor allem gegen einen Ausbau der Golpaleitungen mit der Begründung, daß dann vielleicht in 40 bis 50 Jahren die in Mitteldeutschland vorhandenen Braunkohlengruben erschöpft sein würden. Als Ausgleich boten sie den Ausbau der Spremberg-Golpa-Leitung, und zwar sollte durch die Fertigstellung der Leitung Golpa-Berlin bis zum Ende des Jahres 1920 5000 Kilowatt zur Verfügung gestellt werden können und durch den weiteren Bau einer Leitung Spremberg-Berlin am Schluß des Jahres 1921 40 000 Kilowatt.

Diese Versprechungen haben nach Ansicht der Arbeiter und Unternehmer nur einen höchst fragwürdigen Wert, weil bei der gegenwärtigen Lage mit einer Einhaltung des Termins nicht zu rechnen sein wird. Aber auch dann ist die für Berlin benötigte Strommenge noch lange nicht gedeckt. Es bleibt mindestens noch ein Fehlbetrag von 20—30 000 Kilowatt. Diese Strommenge würde auch nur dann dauernd zur Verfügung stehen, wenn nicht irgendwelche größeren Betriebsstörungen in einer der genannten Leitungen auftreten, womit bei der starken Anspannung der Leitungen mit Sicherheit zu rechnen ist. Es bleibt also trotzdem immer noch die Notwendigkeit übrig, für ausreichende Reserven zu sorgen. Diese Reserven können nur beschafft werden durch den von Arbeitern und Unternehmern geforderten Ausbau der Golpaleitungen. Es wurde von einer starken wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit der maßgebenden Reichsbehörden zeugen, wenn sie aus finanziellen Bedenken nicht an den Ausbau der Golpaleitung heranzutreten wollten, und lieber die Wirtschaftlichkeit eines ganzen Industriegebietes in Frage stellen.

Durch diese Verweigerung soll die Wirtschaftlichkeit darüber unterrichtet werden, was dem Berliner Industriegebiet durch die Nachlässigkeit der ausführenden Reichsbehörden beschadet. Es wird die Aufgabe der gesamten an der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens interessierten Bevölkerung sein, durch stürmischen Protest die Reichsbehörden aus ihrer Teilnahmslosigkeit in dieser so außerordentlich wichtigen Frage zu wecken.

Werbt für die „Freiheit“!

Der Mordprozeß Blau. Fünfter Verhandlungstag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung beschloß das Gericht auf Antrag eines Sachverständigen, am Mittwoch nicht zu verhandeln, da die Prozeßbeteiligten ohne Ruhepause nicht mehr in der Lage sind, der Verhandlung mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen. Staatsanwalt Dr. Ortmann teilt mit, daß ein Schreiben ohne Angabe der Absicht des Beschuldigten Teufel eingelaufen ist, worin dieser seine Bereitwilligkeit erklärt, vor Gericht zu erscheinen, es müsse ihm aber genügender polizeilicher Schutz zugesichert werden und dies in der Absicht bekanntgegeben werden. Der Staatsanwalt richtet an die Presse die Bitte, in dem Bericht bekanntzugeben, daß sich Teufel in dem Sitzungssaal des Kriminalkommissars Zettin im Berliner Polizeipräsidium, Nummer 62a in den Vormittagsstunden melden möchte. Von dort aus wird ihm polizeilicher Schutz gesichert werden.

Der Richterpräsident der „Roten Fahne“ reichte beim Vorsitzenden die Beschwerde ein, daß er als Prozeßvertreter am Saaleingang nach Waffen untersucht worden ist. R.-A. Dr. Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß nur der Vertreter der „Roten Fahne“ untersucht worden ist, und er bittet den Vorsitzenden, anzuordnen, daß das zu unterbleiben hat. Der Vorsitzende erklärt nach längerer Auseinandersetzung über diese Angelegenheit, daß keine Anordnung dahin zu fertigeren sei, daß die Prozeßvertreter nicht durchsucht werden dürfen.

R.-A. Dr. Weinberg: Es ist mir gelungen, die Adresse des als Zeugen geführten Heinrich zu ermitteln. Derselbe befindet sich gegenwärtig in Moskau. Der Staatsanwalt hat für die Herbeischaffung des Belastungszeugen, Rudolf Schreiber, eine große Summe bereitgestellt. Wir erwarten, daß der Herr Staatsanwalt im Interesse der Aufklärung dieser Mordaffäre sich beeifern wird, auch den Entlastungszeugen Heinrich aus Moskau herbeizuschaffen. R.-A. Liebknecht: Wenn der Herr Staatsanwalt aus irgendeinem Fonds 4000 M. zur Verfügung stellen kann, um die Ansätze des Beschuldigten Schreiber zu kaufen, so wird er auch Mittel und Wege finden, um den Zeugen aus Moskau herbeizuschaffen. Staatsanwalt Dr. Ortmann: Ich bitte das Gericht, mich gegen eine derartige Unterstellung in Schutz zu nehmen.

Der Vorsitzende gibt einen Gerichtsbeschluss bekannt, monach die Beschlüsse, die das Gericht an vier Verhandlungstagen gefaßt hat, betreffs Beantragung der drei von der Verteidigung gestellten Fragen, nunmehr aufgehoben sei und die Fragen jetzt ausgelassen sind. R.-A. Dr. Rosenfeld: Ich bitte um Aussetzung, auf Grund welcher Anzeigen das Gericht jetzt nachträglich auf dieser Entscheidung gekommen ist. Der Vorsitzende erklärt, daß das Gericht aus eigenem Antrieb zu diesem Beschluss gekommen sei.

Die erste Frage, die die Verteidigung an den Kriminalkommissar Mahlaß gerichtet hatte, wie hoch die von der Polizeibehörde an den Rudolf Schreiber gezahlte Summe sei, wird von dem Zeugen Mahlaß jetzt dahingehend beantwortet, daß er in der Zeit vom 13. bis 25. August 1919 außer dem Reisegeld und den üblichen Verpflegungsgeldern 700 Mark Extravergeltung gezahlt habe. Ob noch andere Dienststellen an Schreiber Zahlungen geleistet hätten, sei ihm nicht bekannt. R.-A. Dr. Weinberg stellt demgegenüber fest, daß der Zeuge Kriminalkommissar Mahlaß gestern erst bestimmt unter seinem Eide ausgefragt habe, daß Schreiber kein Geld von ihm bekommen hat.

Die zweite Frage, ob er die leitenden Herren der antibolschewistischen Liga Siebel und Bachmann kenne, verneint der Zeuge.

Die Beantwortung der Frage 3, ob bei der Polizei die Agenten und Späher nicht unter ihrem Namen, sondern auch nur unter ihrer Nummer bekannt seien, behält sich der Zeuge vor, da er sich von seiner vorgelegten Behörde erst die Genehmigung dazu holen müsse. Kriminalkommissar Zettin erklärt, daß er an Schreiber kein Geld gezahlt habe.

Kriminalkommissar Mahlaß schildert dann ausführlich die Vernehmung des Pohl, die er, bevor die Sache dem Untersuchungsrichter übergeben war, geleitet hat. Pohl sei völlig zusammengebrochen gewesen und hätte in diesem Zustande ein umfassendes Geständnis abgelegt. Dabei habe er den Hoppe als Täter bezeichnet. Zeuge hatte den Eindruck, daß Pohl damals die Wahrheit gesagt habe.

Der Zeuge Pohl erklärt dazu, daß er damals nicht über seiner Sinne gewesen sei, er könne seine damaligen Bekundungen nicht mehr aufrechterhalten. Er habe diese Aussagen damals nur gemacht, um wieder in Freiheit zu kommen.

Er hat dies auch in einem Brief, den er am 10. Dezember 1919 an Mahlaß schrieb, zum Ausdruck gebracht.

Zeuge Max Eulenburger wird aus dem Gefängnis durchgeführt. Dieser Zeuge hat seinerzeit vom Gefängnis aus der Anwaltschaft Briefe geschrieben, in denen er mitteilte, daß er in Sachen Blau erhebliche Angaben machen könne. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter hat er dann alles, die jetzigen Angeklagten schwerbelastende Aussagen gemacht. Auch andere Personen sind durch diese Aussagen mit in die Angelegenheit verwickelt worden. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß alle Angaben, die er in der Voruntersuchung gemacht habe, von ihm frei erlunden seien und den Tatsachen widersprechen. In Wirklichkeit wisse er überhaupt nichts von der Mordfahne Blau, nur was er aus den Zeitungen erfahren habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt er, er hätte sich damals zu diesen Aussagen verleiten lassen, weil er sich sagte, wenn er recht viel in dieser Angelegenheit aussagen würde, dies zu seinen Gunsten in eigener Sache sprechen würde. Schließlich: Sie sind doch aber verurteilt worden und haben sich somit des Meineides schuldig gemacht. Wissen Sie, daß Sie ins Zuchthaus kommen,

wenn Sie jetzt behaupten wollen, Sie hätten damals wissen können, daß Sie falsch ausgesagt? Zeuge: Ich hätte nicht gedacht, daß ich verurteilt werden würde. Da ich aber verurteilt worden bin, gebe ich jetzt zu, einen Meineid geleistet zu haben, um nicht noch neue Schuld auf mich zu nehmen. Diese Aussage läßt der Vorsitzende zu Protokoll nehmen, zu der der Zeuge noch hinzufügt, der Untersuchungsrichter hätte ihm diese Aussage erpreßt und ihm erklärt, er könne in Untersuchungshaft, seine eigene Sache könnte sich dann endlos hinziehen. Die Angaben, die der Zeuge in der Voruntersuchung betreffs des Zeugen Schmidt (München) gemacht habe, seien ebenfalls frei erfunden.

Nach der Mittagspause wurde als nächster Zeuge der Landgerichtsrat Marquardt vernommen, der die Voruntersuchung in der Mordfahne Blau führte. Er wird ausführlich über die Vernehmungen der Zeugen Pohl und Eulenburger vernommen. Auf dieser Zeuge hatte bei der Vernehmung das Pohl den Eindruck, daß er seine Aussagen wahrheitsgemäß abgelegt habe. Der Zeuge gibt dann eine Darstellung über die Ausführung der Tat nach dem Gedächtnis, wie sie ihm Pohl damals in der Untersuchung geschildert hatte. Eulenburger ist ebenfalls von dem Zeugen in der Voruntersuchung vernommen worden, jedoch hat der Zeuge über diesen den Eindruck, daß er nicht bei der Wahrheit bleiben kann. Zwischen dem Zeugen und dem Zeugen Marquardt und Mahlaß entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung.

R.-A. Weinberg: Mit dem Untersuchungsrichter Marquardt bekannt,

daß während der Voruntersuchung die verhaftete Lockspiegelin Schröder-Wahle Zutritt zu den Untersuchungsgefängnissen hatte, um, als Mann verkleidet, in der Masse eines Gewohnen von den Angeklagten Zichtmann und Hoppe Gesandnisse zu erpressen?

Hat der Zeuge dazu die Erlaubnis erteilt? Zeuge: Es war einmal ein selbsterwählter Mann mit Weibchen bei mir gewesen, dem ich Sprecherlaubnis gegeben habe. Später habe ich durch den Kriminalkommissar Mahlaß erfahren, daß es eine Frau in Männerkleidung war. R.-A. Weinberg: War es Ihnen nicht bekannt, daß es sich um die verhaftete Lockspiegelin Schröder-Wahle handelte? Zeuge: Nein. R.-A. Liebknecht: Haben Sie dieser Person ohne jegliche Kontrolle die Sprecherlaubnis erteilt? Es ist uns als Anwälten bekannt, daß im allgemeinen selbst die Angehörigen immer die größten Schwierigkeiten haben, Sprecherlaubnis zu bekommen. Zeuge: Ich gebe zu, daß ich die Erlaubnis ohne weiteres erteilt habe; wenn ich mich recht entsinne, hatte Kriminalkommissar Mahlaß die Anregung dazu gegeben. Kriminalkommissar Mahlaß: Die Polizei hatte ein großes Interesse daran, die Wahrheit über diese Mordaffäre zu erfahren und hat zu diesem Mittel gegriffen. R.-A. Liebknecht: Mit dem Untersuchungsrichter Marquardt bekannt, daß der Lockspiegelin Schröder-Wahle Zutritt in die Kisten der Sache Blau gegeben worden ist? Zeuge: Mit meinem Wissen nicht. R.-A. Liebknecht: Vielleicht kann uns der Kriminalkommissar Mahlaß darüber Auskunft geben? Zeuge Mahlaß: Ich kann es nicht auf meinen Eid nehmen, ob ich der Schröder-Wahle eine Zutrittskarte in die Kisten verfaßten habe oder nicht. R.-A. Liebknecht: Mit dem Untersuchungsrichter ferner bekannt, daß die Lockspiegelin Schröder-Wahle während der Vernehmung der Angeklagten im Nebenzimmer untergebracht war, um die Aussagen mit anzuhören? Zeuge: Es ist mir nicht bekannt, daß die Schröder-Wahle zu diesem Zweck sich im Nebenzimmer aufhielt. Er gebe aber die Möglichkeit zu, daß sie dort gewesen sei, wieweil ich ebenfalls vernommen zu werden.

Der Angeklagte Hoppe teilt mit, daß die Schröder-Wahle in der Masse eines Gewohnen bei ihm in der Zelle gewesen sei und ihn zur Flucht veranlassen wollte.

Die Gewohnen draußen hätten alles vorbereitet, er solle nur ausgeben, zu welcher Zeit und wie die Flucht zu beschleunigen sei. Er, Hoppe, hätte es aber abgelehnt. Vorsitzender: Zeuge Mahlaß, ich finde hier in den Akten verschiedentlich den Vermerk, daß Hoppe aus der Untersuchungshaft fliehen wollte. Von wem hatten Sie diese Kenntnis? Zeuge Mahlaß: Von der Schröder-Wahle. Ich gebe zu, daß die Schröder-Wahle ein sehr nervenkräftiges Spiel getrieben hat.

Der Verteidiger, R.-A. Weinberg, stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß der Kriminalkommissar Mahlaß gestern unter seinem Eid ausgesagt hat, daß er die Schröder-Wahle gar nicht kenne. Der Zeuge beharrt auf dem.

Das Gericht beschließt ferner, die Vernehmung des Zeugen Pohl nun wegen Verdachts der Mitternacht aussetzen. Die Zeugen Schmidt-München, Kronmeyer und Eulenburger sollen verurteilt werden. Eulenburger verweigert die Eidesleistung mit der Begründung, daß er sich nicht nochmals der Schwärze des Meineides aussetzen will, worauf er auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Eidesverweigerung vom Gericht zu 300 Mark Geldstrafe resp. 30 Tagen Haft verurteilt wird.

Es folgt die Vernehmung des Zeugen Leuschner. Der Zeuge war als Gruppenleiter der K. P. D. der Leiter der Bewachung in der Wittenswälder Straße. Er hatte den Blau als Lockspiegel entlarvt. Er gibt dem Gericht eine chronologische Darstellung von den Ereignissen bis zu den Nachtstunden, wo Blau und Hoppe zur Pohl'schen Wohnung gingen. Er habe dann von der ganzen Sache nichts mehr gehört und erst durch die Zeitungen von der Ermordung Blaus erfahren. Weil er befürchtete in den Verdacht der Mitternacht zu geraten, sei er nach Königsberg geflüchtet und dort verhaftet worden. Von ihm hat dann die Kriminalpolizei die ersten Anhaltspunkte erhalten.

Der Vorsitzende unterbrecht die Vernehmung dieses Zeugen um erst den Zeugen Thamm zu vernommen. Dieser Zeuge war Referent in der Bewachung in der Wittenswälder Straße und hat von Leuschner einige dem Blau abgenommene Papiere erhalten und später vernichtet. Einige der Papiere vom Pohl'spiegel Samson gemachte Mitteilungen werden von dem Zeugen widerlegt.

Die Verhandlung wird am Donnerstag vormittags 9½ Uhr vertagt.

Wichtigste Nachrichten
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Gegen den Kartoffelwucher.

Die hohen Obd. und Gen.
für den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Die Vorgänge in der Zentralmarkthalle.

Der Bericht über
den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Die Schicksale des Steuerabzugs.

In der Provinz
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Wendensfeier.

Am Sonntag
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Männlein und Frauen
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Kreis-Turn- und Sportfest im Stadion.

Zum zweitenmal
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Verlorene Gegenstände.

Die Abtunung in Ost- und Westpreußen.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Schulhaus.

Rechtsanw.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Banken.

Turnerische Sommerfeste.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Rechtsanw.

Banken.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Turnerische Sommerfeste.

Rechtsanw.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Banken.

Turnerische Sommerfeste.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Rechtsanw.

Banken.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Turnerische Sommerfeste.

Rechtsanw.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Banken.

Turnerische Sommerfeste.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Rechtsanw.

Banken.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

mit einem schwarzen Kreuz.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Lebensmittellisten.

Lebensmittellisten.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Aus den Organisationen.

Aus den Organisationen.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Lebensmittellisten.

Lebensmittellisten.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Aus den Organisationen.

Aus den Organisationen.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Lebensmittellisten.

Lebensmittellisten.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

Aus den Organisationen.

Aus den Organisationen.
über den Kampf um die Freiheit
des Volkes in der Provinz
und die Bedeutung der
Kartoffelkrise.

